

# Flüchtlinge

Wie es in der Flüchtlingsfrage weitergehen wird, muss abgewartet werden. Tatsache ist, dass das Hin und Her zwischen den Regierungsparteien CDU, SPD und CSU den Bürgern allmählich auf die Nerven geht. Die Zustimmung zu Merkels Flüchtlingspolitik schwindet immer mehr. Vorschläge werden ständig zerredet, ein geordnetes Handeln ist weit und breit nicht zu sehen. Um in der Journalistensprache zu sprechen, wird täglich „eine neue Sau durchs Dorf getrieben“, aber sonst passiert nichts.

Aber auch außerhalb Deutschlands ist keine Einigung zu erzielen. Die meisten Staaten der Europäischen Union werden sich den deutschen Vorschlägen und den Vorschlägen der Europäischen Kommission zur Flüchtlingsverteilung nicht beugen. Waren doch bei dem ersten europäischen Flüchtlingsgipfel im Januar in Luxemburg gerade einmal neun von 28 EU-Staaten anwesend. Nachdem immer mehr Länder ihre Grenzen dichtmachen, sieht es wirklich nicht mehr nach einem einheitlichen Handeln aus.

Was mich sehr erstaunt hat, war die Aussage des bayerischen Finanzministers Markus Söder in einer Talk-Show, dass wir diese Flüchtlingswelle weder organisatorisch, noch menschlich, noch finanziell verkraften können. Bisher hieß es doch immer, dass durch die große Anzahl von Flüchtlingen keine finanziellen Engpässe auftreten würden und dass auf die Bevölkerung keinerlei Belastungen zukämen.

Das deckt sich allerdings nicht mit dem „Rohrkrepierer“ von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, der eine europäische Benzinsteuer zur Finanzierung der Flüchtlinge ins Gespräch brachte. Dass dieser Vorschlag nur ein paar Stunden auf dem Tisch lag, ist vermutlich auch nur den bevorstehenden Landtagswahlen geschuldet. Er kann also jederzeit wiederkommen.

Die Wahrheit scheint in der Flüchtlingsfrage den Politikern abhandengekommen zu sein. Der Bundesinnenminister, für viele ein Hauptverantwortlicher für das Flüchtlings-Chaos, hat wieder einmal laut Focus-Online vom 24. Januar die Unwahrheit gesagt. Der Originaltext lautete: Hat der Innenminister bewusst gelogen? Polizei-Dokument belegt: De Maizières Flüchtlingszahlen sind völlig falsch. Täglich werden 100 bis 200 Personen an der Grenze zurückgewiesen, sagt Thomas de Maizière. Doch das stimmt nicht. Ein offizielles Dokument der Bundespolizei zeigt, dass es lediglich 80 bis 150 Personen sind. Und das ist nicht die einzige Falschaussage. Brisant! Sein Ministerium kennt das Dokument. Ein offizielles Dokument, das der „Huffington-Post“ vorliegt, legt nahe, dass der Bundesinnenminister die Öffentlichkeit über die Kontrolle der Flüchtlinge falsch informiert hat - möglicherweise wider besseres Wissen. Das betreffe sowohl die Zahl der zurückgewiesenen Flüchtlinge als auch die der erkenntungsdienstlich behandelten Personen (Soweit der Originaltext vom 24. 01. 2016 Focus).

Wie es in den anderen EU-Ländern aussieht, wird im Fernsehen und den Printmedien ausführlich berichtet. Überfüllte Flüchtlingsboote vor Lampedusa und zwischen der Türkei und den griechischen Inseln, der lange Fußmarsch auf der Balkanroute usw. Wie aber sieht es im Norden Europas aus, was wird darüber berichtet und warum verschärfen Schweden, Dänemark und Finnland ihre Gesetze. Dazu nur zwei Mitteilungen: Im Bericht aus Europa, am Sonntag dem 17. 01. wurde mitgeteilt, dass es bei einem Musikfestival in Stockholm im Sommer 2015 die gleichen Übergriffe durch Flüchtlinge gab wie in der Silvesternacht in Köln. In diesem Bericht wurde darauf hingewiesen, dass die Polizei diese Vorkommisse vertuscht hat. In einer Meldung des Luxemburger Tageblattes vom 17. Januar 2016, mit Hinweis auf eine Veröffentlichung in der „Neuen Zürcher Zeitung“ wurde mitgeteilt, dass in 21 finnischen Städten Bürgerwehren patrouillieren. Grund dieser Maßnahme sei die Angst der Bevölkerung vor irakischen und somalischen Flüchtlingen. Ein Polizeisprecher habe die Notwendigkeit dieser Maßnahme bestätigt.

## **Pressearbeit durch Polizei und Journalisten**

Nach den Vorfällen in Köln stellte der Bundesinnenminister in einem Interview fest, dass bei Straftätern auch das Herkunftsland zu nennen ist. In der Öffentlichkeit wurde spekuliert, ob die Polizei dieses von sich aus unterlässt, oder wurde von der Politik ein Maulkorb verhängt. In Rheinland-Pfalz sollen seit 2011 keine Herkunftsländer von Straftätern bekannt gegeben werden. Grundlage ist eine Zielvereinbarung zwischen dem Ministerium des Innern, der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration, dem Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit, sowie der Beauftragten der Landesregierung für Migration und Integration. Zur Pressearbeit sagt die Vereinbarung folgendes aus: „Die Polizei Rheinland-Pfalz unternimmt in ihrer täglichen Arbeit alles, um Diskriminierung zu vermeiden. Sie prüft bei ihrer Pressearbeit und sonstigen Berichterstattung gewissenhaft, ob für die Nennung der Nationalität beteiligten Personen ein polizeiliches Erfordernis vorliegt. Eine gleiche Bestimmung ergibt sich aus dem **Presse-Kodex**, der Richtlinie für die Arbeit der Journalisten.

### **Diskriminierungen (Richtlinie Ziffer 12)**

Niemand darf wegen seines Geschlechts, einer Behinderung oder seiner Zugehörigkeit zu einer ethnischen, religiösen, sozialen oder nationalen Gruppe diskriminiert werden.

### **Berichterstattung über Straftaten (Richtlinie Ziffer 12.1)**

In der Berichterstattung über Straftaten wird die Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter zu religiösen, ethnischen oder anderen Minderheiten nur dann erwähnt, wenn für das Verständnis des berichteten Vorgangs ein begründbarer Sachbezug besteht. Besonders ist zu beachten, dass die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte. Soweit die Grundlagen über die Pressearbeit.

Hugo Wust